**Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Zubau von Fachklassen und KiTa-Flächen, Umbau der Gebäude 01 und 03, sowie Überplanung der Außenanlagen an einer Grundschule am Standort Marschweg in Hamburg - Objektplanung gem. §§ 33 HOAI**
**OJ S 39/2024 23/02/2024**
**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung**
**Dienstleistungen**

## 1. Beschaffer

### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: SBH | Schulbau Hamburg
Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

## 2. Verfahren

### 2.1. Verfahren

Titel: Zubau von Fachklassen und KiTa-Flächen, Umbau der Gebäude 01 und 03, sowie Überplanung der Außenanlagen an einer Grundschule am Standort Marschweg in Hamburg - Objektplanung gem. §§ 33 HOAI
Beschreibung: Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1.1.2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die ca. 350 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche aller allgemeinbildenden und beruflichen staatlichen Schulen beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m². In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg beauftragt, den Standort der Marschweg-Schule neu zu ordnen und durch einen neuen Zubau und zwei Umbauten eine neue räumliche Struktur zu geben. Im Weiteren siehe Ziffer 5.1.6 Allgemeine Informationen - Zusätzliche Informationen
Kennung des Verfahrens: df23f5cb-a85b-4066-923f-edf9b093d8d0
Interne Kennung: SBH VgV VV 023-24 JK
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

#### 2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

#### 2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1
Stadt: Hamburg
Postleitzahl: 20355
Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)

Land: Deutschland

**2.1.3. Wert**

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 372 000,00 EUR

**2.1.4. Allgemeine Informationen**

Zusätzliche Informationen: Geschätzter Gesamtauftragswert 1.062.000,00 €; Auftragswert der vorliegenden Beschaffung: 372.000,00 € Hinweis: der in Ziffer 2.1.3 benannte Wert ist aufgrund eines technischen Fehlers von SIMAP mit Kommata statt Punkt zur Trennung angegeben. Leistungsbeginn: unmittelbar nach Beauftragung. Angaben der Bewerber gemäß § 122 GWB ff. bzw. § 75 VgV. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen elektronisch einzureichen: • ausgefüllter Bewerberbogen, • Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (Kopie); • Anlage 1B: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck); • Anlage 1C: Eigenerklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen/Zusammenarbeit (Vordruck); • Anlage 1D: Eigenerklärung zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck); • Anlage 1E: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck); • Anlage 1F: Eigenerklärung gem. 5. RUS-Sanktionspaket • Anlage 1G: Eigenerklärung zu einer (mind. vorgesehenen) Teilnahme (Vordruck) bzw. Fortbildungsnachweis (Kopie) an einer vergaberechtlichen Fortbildung mit dem Schwerpunkt VOB Teile A/B/C für eine maßgeblich am Projekt beteiligte Person (ältestens April 2016); • Anlage 1H: Erklärung zur Bereitschaft oder der Teilnahmenachweis an einer Fortbildung zur Inklusion an staatlichen Schulen oder zum Barrierefreien Bauen gem. DIN 18040 (mind. Teil 3) für eine maßgeblich am Projekt beteiligte Person (Vordruck); (Vordruck), • Anlage 1I: Einverständniserklärung personenbezogene Daten • Anlage 1J: Bevollmächtigung des Vertreters im Falle einer Bietergemeinschaft (Vordruck); • Anlage 1K: Angaben zu Auftragsanteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck); • Anlage 1L: Eigenerklärung über eine gesonderte Versicherung für Bietergemeinschaften (Vordruck); • Anlage 1M: Eigenerklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck); • Anlage 2A: Nachweis über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung • Anlage 2B: Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers (Vordruck); • Anlage 3A1: Nachweis der beruflichen Befähigung des/r für die Leistung verbindlich eingesetzten Projektleiters/in (Kopie); • Anlage 3A2: Nachweis der Qualifikation der verantwortlichen Projektleitung (Vordruck); • Anlage 3B1 und 3B2: Darstellung von 2 vergleichbaren Referenzprojekten unter Angabe von: Projektbeschreibung, Leistungsumfangs- und -zeitraum, Baukosten + bearbeiteter Fläche, maßgeblich beteiligten Mitarbeiter/Projektleiter, Bauherr mit Ansprechpartner + Telefonnummer, Referenzschreiben oder -bestätigung vom AG nach Abschluss der beauftragten Leistungen; • Anlage 3C: Eigenerklärung über die Beschäftigtenanzahl in den letzten drei Geschäftsjahren (Vordruck). Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2.3.1974, geändert durch das Gesetz vom 15.8.1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet. Im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wurde am 8. April 2022 durch das 5. EU-Sanktionspaket mit Art. 5k in die Russland-Sanktionsverordnung 2014/833 ein unmittelbar und seit dem 9. April 2022 geltendes Zuschlags- und Erfüllungsverbot für öffentliche Aufträge und Konzessionen oberhalb der EU-Schwellenwerte mit russischen Staatsangehörigen und Unternehmen eingeführt. Danach ist

es verboten öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen: a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden (Eignungsleihe). Das Nichtvorliegen dieser Ausschlusstatbestände ist durch den Bewerber mit Teilnahmeantrag in Form einer Eigenerklärung zu erklären.
Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU
vgv - Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem öffentlichen Teilnahmewettbewerb gem. § 17 VgV

**2.1.6. Ausschlussgründe**:
Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

## 5. Los

**5.1. Los**: LOT-0001
Titel: Zubau von Fachklassen und KiTa-Flächen, Umbau der Gebäude 01 und 03, sowie Überplanung der Außenanlagen an einer Grundschule am Standort Marschweg in Hamburg - Objektplanung gem. §§ 33 HOAI
Beschreibung: Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1.1.2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die ca. 350 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche aller allgemeinbildenden und beruflichen staatlichen Schulen beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m². In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg beauftragt, den Standort der Marschweg-Schule neu zu ordnen und durch einen neuen Zubau und zwei Umbauten eine neue räumliche Struktur zu geben. Im Weiteren siehe Ziffer 5.1.6 Allgemeine Informationen - Zusätzliche Informationen
Interne Kennung: 804148d9-bebd-459e-8755-421d7ecc66ef

**5.1.1. Zweck**
Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

**5.1.3. Geschätzte Dauer**

Laufzeit: 48 Monat

**5.1.4. Verlängerung**

Der Erwerber behält sich das Recht vor, zusätzliche Käufe vom Auftragnehmer zu tätigen, wie hier beschrieben: - Leistungsphase 2 gem. § 34 HOAI - Leistungsphasen 3-8 gem. § 34 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen). - Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen) - Besondere Leistung der Erstellung von Bestandsplänen als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen) - Wärmeschutz und Energiebilanzierung - stufenweiser Kostenanschlag - Mitwirkung bei der Beantragung von Investitions- und Fördermitteln - Mitwirkung bei der Nachhaltigkeitszertifizierung

**5.1.5. Wert**

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 372,00 EUR

**5.1.6. Allgemeine Informationen**

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen
Zusätzliche Informationen: Zur Sicherstellung der 4-Zügigkeit der Grundschule Marschweg im Bezirk Altona, sollen am Standort Marschweg 2 die vorhandenen Flächen optimiert und um einen Zubau erweitert werden. Die Bestellung einer Mietfläche von rd. 1.243,12 [567+676] m² Zubau, zwei Umbauten und die dazugehörigen Außenanlagen wird zurzeit von der BSB vorbereitet. Auf dem Schulgrundstück soll ein kombiniertes Gebäude, bestehend einem Fachzentrum (4 Fach- und 1 Klassenraum) für den Grundschulbetrieb und einer Kindertagesstätte (4 Gruppen, 104 Plätze), entstehen. Das Mensa- (Gebäude 03) und das Verwaltungsgebäude (Gebäude 01) sollen umgebaut und auf die aktuellen Anforderungen angepasst werden. Im Rahmen der Zu- Und Umbaumaßnahmen sind die Schulischen Außenanlagen zu überplanen und für die Kindertagesstätte ein entsprechender Außenbereich herzustellen. Für die Objekt- und Freianlagenplanung sind separate VgV-Verfahren mit Lösungsskizze geplant. Es wird angestrebt die anschließenden Vergabeverfahren für alle weiteren Fachplaner, so weit möglich, überlappend durchzuführen, um einen optimierten Zeitablauf zu gewährleisten. Eine Übergabe der Gebäude an die BSB und schulische Nutzung soll wie folgt erfolgen: Gebäude 9 (Zubau), Fertigstellung 2027 Gebäude 01 (Umbau), Fertigstellung 2026 Gebäude 03 (Umbau), Fertigstellung 2028 Fertigstellung der Überplanung der Außenanlagen 2028 Die Phase 0 wurde im Jahr 2023 von C. Eggers Coaching, Hamburg in Zusammenarbeit mit Yilmaz Kocarslan, Hamburg erstellt. Das Büro KAMLEITNER CANALES Architekten Partnerschaft mbB, Hamburg hat im Jahr 2023 eine Machbarkeitsstudie für den Standort erstellt. Die wesentlichen Ergebnisse der Phase 0 sowie der Machbarkeitsstudie werden den Bietern mit dem Versand der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt. Die vorgenannten Büros sind gem. § 6 VgV nicht von der Teilnahme an diesem Verfahren ausgeschlossen. Das vorläufige Gesamtbudget der Baumaßnahme beträgt ca. 7 Mio. Euro brutto (gem. DIN 276, KG 200 – 700). Das Gesamtbudget ist vorbehaltlich der Freigabe der Haushaltsmittel. Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus: Leistungsphase

2 gem. § 34 HOAI (Der AG beaufsichtigt alle Kosten der besonderen Leistung in Rahmen der Wirtschaftlichkeit.) Leistungsphasen 3 bis 8 gem. HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen) Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen) Besondere Leistung der Erstellung von Bestandsplänen als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen) Im Rahmen des Verhandlungsverfahrens sollen die ausgewählten Bieter gem. § 76 (2) VgV eine Lösungsskizze erstellen. Vertreterinnen und Vertreter der BSW, der BSB, der Schule, sowie des Bezirkes nehmen ggf. in beratender Funktion bzw. in der Funktion von Sachverständigen an den Verhandlungen teil. Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung des VgV-Verfahrens durch das büro luchterhandt & partner unterstützen und beratend begleiten. Hinweis: Der AG behält sich vor, die Verhandlung ohne Verhandlungstermin durchzuführen (vgl. §17 Abs. 11 VgV). Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Projektsteuerung eingereichten 2 besten Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1.1.2018) mit Übergabe an die Nutzer realisiert worden sind, jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-3 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-6 Punkte),vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte) und vergleichbare angestrebte Qualität (0-6 Punkte). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 34 Punkte erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens. Um die eingereichten Referenzprojekte anhand der vorgegebenen Kriterien prüfen zu können, ist es wichtig, die dafür notwendigen Parameter der Referenzprojekte zu benennen. Wir bitten darum, die Referenzprojekte anhand der in den Bewerbungsbogen vorgegebenen Formulare zu dokumentieren. Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl analog § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu losen. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen zugelassen. Die Bewerbung ist in Textform zu unterschreiben (Näheres siehe verfahrenshinweise). Die in den Verfahrenshinweisen aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden, Fortbildungsnachweis) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen. Die Darstellung der Referenzen muss im Format DIN A3 gut erkennbar sein. Mit dem Angebot ist

ein Nachweis über die vollständige und zeitgerechte Entrichtung der Sozialabgaben (in Kopie, von einem Sozialversicherungsträger oder einer Sozialkasse, alternativ durch Erklärung des Steuerberaters) und die Bescheinigung über die ordnungsgemäße Entrichtung der Steuern des jeweiligen Finanzamtes (gültig und nicht älter als 12 Monate) einzureichen. Die zur Verfügung gestellten Verfahrenshinweise sowie der Auswahlbogen sind zwingend zu beachten und bindend. Die Vergabestelle prüft die eingegangenen Bewerbungen bzw. Angebote. Fehlende Nachweise und Unterlagen werden mit angemessener Frist (in der Regel 6 Kalendertage ab Versand des Nachforderungsschreibens) nachgefordert. Werden nachgeforderte Nachweise oder Unterlagen nicht innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt, kann dies zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen. Hinweis: Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen. Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

**5.1.7. Strategische Auftragsvergabe**

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

**5.1.9. Eignungskriterien**

Kriterium:
Art: Eignung zur Berufsausübung
Bezeichnung: Eignung zur Berufsausübung: 3A1 Nachweis der Befähigung der für die Ausführung der Leistung verantwortlichen Projektleitung
Beschreibung: Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung der für die Ausführung der Leistung verantwortlichen Projektleitung: gem. § 75 (1) VgV = Architekt/in (Nachweis durch Anlage, Scan der Kammerurkunde).
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Mindestpunktzahl: 1

Kriterium:
Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: : 2A Nachweis über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung; 2B Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers
Beschreibung: 2A: Nachweis über bestehende Berufshaftpflichtversicherung: Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und mind. 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden). Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Bei Bietergemeinschaften ist mit den Bewerbungsunterlagen eine Erklärung der Bietergemeinschaft einzureichen, im Auftragsfalle eine zusätzliche Versicherung gemeinsam mit allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzuschließen. Eine Eigenerklärung ist als Nachweis zulässig. Die Eigenerklärung ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden. 2B: Erklärung über den Umsatz des

Bewerbers gem. §§ 33 HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren. Der durchschnittliche Jahresumsatz muss mindestens 300.000 EUR (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben. Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z. B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z. B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o. ä.).
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Mindestpunktzahl: 1

Kriterium:
Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit: 3A2 Nachweis der Qualifikation der verantwortlichen Projektleitung; 3A3 Nachweis der Qualifikation der vorgesehenen Bauleitung; 3C Eigenerklärung über die Beschäftigtenanzahl; Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten
Beschreibung: 3A2: Die anzugebende Projektleitung muss folgende Erfahrung nachweisen: Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Architektur (mind. FH). Nachweis durch Anlage (Scan Zeugnis/Urkunde) UND mind. 5 Jahre Berufserfahrung im Leistungsbereich Objektplanung gem. §§ 33 HOAI (Nachweis durch Anlage, z. B. Vita). 3A3: Die anzugebende Bauleitung muss folgende Erfahrung nachweisen: Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (mind. FH). Nachweis durch Anlage (Scan Zeugnis /Urkunde) UND mind. 5 Jahre Berufserfahrung im Leistungsbereich Objektplanung gem. §§ 33 HOAI (Nachweis durch Anlage, z. B. Vita). 3C: Nachweis über die Beschäftigtenzahl durch Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter mit entsprechender fachlicher Qualifikation der letzten 3 Geschäftsjahre. Für den Leistungsbereich Objektplanung gem. §§ 33 HOAI sind 3 festangestellte Architekten (festangestellte Personen, eine Vollzeitbeschäftigung wird nicht vorausgesetzt) oder Bauingenieure bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre nachzuweisen (die Anzahl an Personen maßgeblich, nicht das wöchentliche Stundenvolumen). Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Beschäftigtenanzahl aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Beschäftigtenanzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben. Aus den eingereichten Referenzen sind folgende Erfahrungen ersichtlich: mit öffentlichen Auftraggebern.
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Mindestpunktzahl: 1
Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:
Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3
Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

**5.1.10. Zuschlagskriterien**

Kriterium:
Art: Preis
Bezeichnung: Preis / Honorar, siehe Zuschlagsmatrix
Beschreibung: Preis / Honorar
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 25

Kriterium:
Art: Qualität
Bezeichnung: Leistungsbewertung gemäß Zuschlagsmatrix
Beschreibung: Qualitätskriterium – Name: Fachlicher Wert und Qualität / Gewichtung: 25 %. Qualitätskriterium – Name: Qualität der Lösungsskizze/ Gewichtung: 50 %; siehe Zuschlagsmatrix
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 75

**5.1.11. Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind:
Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 03/04/2024 23:59:00 (UTC+2)
Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/13bfa308-f9b8-4575-a836-9fc865495d0f

**5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**

Bedingungen für die Einreichung:
Elektronische Einreichung: Erforderlich
Adresse für die Einreichung: https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/13bfa308-f9b8-4575-a836-9fc865495d0f
Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
Varianten: Nicht zulässig
Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 08/04/2024 14:00:00 (UTC+2)
Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:
Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.
Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.
Auftragsbedingungen:
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 - 4 GWB unzulässig, soweit 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15

Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

**5.1.15. Techniken**

Rahmenvereinbarung: Keine Rahmenvereinbarung
Informationen über das dynamische Beschaffungssystem: Kein dynamisches Beschaffungssystem

**5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: SBH | Schulbau Hamburg

## 8. Organisationen

**8.1. ORG-0001**

Offizielle Bezeichnung: SBH | Schulbau Hamburg
Registrierungsnummer: 62f0f0af-9431-411a-8f96-be7b21daafb8
Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1
Stadt: Hamburg
Postleitzahl: 20355
Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.hamburg.de
Telefon: +49 40428236201
Fax: +49 40427310143
Internetadresse: https://www.hamburg.de/schulbau
Profil des Erwerbers: https://www.hamburg.de/schulbau
**Rollen dieser Organisation**:
Beschaffer

**8.1. ORG-0002**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Registrierungsnummer: 19a7d79f-4d82-4e82-ae5c-6ee7ea5df0b5
Postanschrift: Neuenfelder Straße 19
Stadt: Hamburg
Postleitzahl: 21109
Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@bsw.hamburg.de
Telefon: +49 40428403230
Fax: +49 40427940997
Internetadresse: https://www.hamburg.de/behoerdenfinder/info/11725154/
**Rollen dieser Organisation**:
Überprüfungsstelle

**8.1. ORG-0003**

Offizielle Bezeichnung: SBH | Schulbau Hamburg
Registrierungsnummer: 85b322a2-fc67-45d7-b38d-202dd3dddec4
Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1
Stadt: Hamburg

Postleitzahl: 20355
Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)
Land: Deutschland
E-Mail: VergabestelleSBH@sbh.hamburg.de
Telefon: +49 40428236201
Fax: +49 40427310143
Internetadresse: https://www.hamburg.de/schulbau
**Rollen dieser Organisation**:
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

**8.1. ORG-0004**
Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI
Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
**Rollen dieser Organisation**:
TED eSender

## 11. Informationen zur Bekanntmachung

**11.1. Informationen zur Bekanntmachung**
Kennung/Fassung der Bekanntmachung: e3cbd26c-295f-48cc-b9ad-dfedd8f2eee9 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 22/02/2024 00:35:06 (UTC+1)
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

**11.2. Informationen zur Veröffentlichung**
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 114896-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 39/2024
Datum der Veröffentlichung: 23/02/2024